



2009/51 Ausland

<https://jungle.world/artikel/2009/51/zwei-grad-sind-schon-zu-viel>

Afrika und der Klimawandel

Zwei Grad sind schon zu viel

Von **martina backes**

Die Folgen der Klimapolitik sind in Afrika bereits spürbar. In Kopenhagen müssen die Delegierten afrikanischer Staaten fürchten, dass ihre Interessen einmal mehr nicht berücksichtigt werden.

Die afrikanischen Delegierten gelten als schwierige Verhandlungspartner. Sie drohten damit, - alles zu boykottieren, hieß es vor der Klimakonferenz. Sie hätten harsche Forderungen, seien sich aber nicht einig, hörte man dann aus Kopenhagen. Lumumba Di-Aping, sudanesischer Sprecher der G77, hatte auf einer Pressekonferenz daran erinnert, dass die als akzeptabel betrachtete Erwärmung um zwei Grad für Afrika eine durchschnittliche Erhöhung der Temperatur um 3,7 Grad bedeuteten würde, das sei für viele der sichere Tod. »Wir sollen einen Selbstmordpakt unterzeichnen«, kommentierte er den ersten Textentwurf für ein Klimaabkommen.

Die G77, eine Gruppe von mittlerweile 130 Entwicklungs- und Schwellenländern, als gespalten zu bezeichnen, gehört zum Standardrepertoire derjenigen, die sich diese Spaltung wünschen, vor allem der Industrienationen, deren Emissionen pro Kopf am oberen Ende der globalen Skala liegen. Im Durchschnitt produziert ein Bewohner des afrikanischen Kontinents pro Jahr eine Tonne Treibhausgase, ein Deutscher rund zehn Tonnen. Allerdings ist der CO₂-Ausstoß auch auf dem afrikanischen Kontinent, der für vier Prozent der globalen Treibhausgase verantwortlich gemacht wird, ungleich verteilt. 95 Prozent der Emissionen Afrikas entfallen auf nur 15 von 53 Ländern.

Zahlreiche Studien attestieren dem afrikanischen Kontinent, dass er bereits jetzt vom Klimawandel stark betroffen ist. Die Gletschermasse des Kilimandscharo tropft inzwischen wie eine durchweichte Eiswaffel. Wissenschaftler fanden heraus, dass die letzten drei der ehemals über 20 Eisfelder auf dem großen Plateau des Berges seit dem Jahr 2000 um 26 Prozent geschrumpft sind.

Die sozialen Auswirkungen des Klimawandels in Afrika fasste die Panafrikanische Koalition - zivilgesellschaftlicher Organisationen (Pacja) im November zusammen. Ihnen zufolge würde ein Temperaturanstieg von 1,5 Grad Celsius bereits 12 Millionen Menschen dem Hungerrisiko aussetzen, bei einer Erwärmung um vier Grad wären es 128 Millionen Menschen, während sich die Fläche der Malariagebiete bis 2100 verdoppelte.

Auch wäre bei einer Erwärmung von zwei Grad mit dem Verlust von 40 Prozent aller Arten im

subsaharischen Afrika zu rechnen, der steigende Meeresspiegel werde dann Wohngebiete, Hafenanlagen und Industriezentren in Küstenstädten wie Dakar, Durban und Mombasa zerstören. Das Ausbleichen der Riffe entlang der ostafrikanischen Küste kann, wenn die Wellen ungebrochen das Festland unterspülen, beträchtliche Landverluste verursachen und die Migration der Küstenbevölkerung ins trockene Hinterland erzwingen.

Da afrikanische Staaten ihr Bruttonationalprodukt im Durchschnitt zu 40 Prozent aus der Landwirtschaft generieren, die 55 Prozent aller Exporteinnahmen erwirtschaftet, während 70 Prozent der Arbeitsplätze direkt oder indirekt von der Landwirtschaft abhängig sind, ist die Anfälligkeit für die Folgen des Klimawandels groß. Rajendra Pachauri, Vorsitzender des Weltklimarates, meint, dass in Afrika im Jahr 2020 bei einer globalen Erwärmung um zwei Grad weitere 75 bis 250 Millionen Menschen an Wasserknappheit leiden könnten, in manchen Ländern müsse die vom Niederschlag abhängige Landwirtschaft Einbußen von 50 Prozent hinnehmen. Ein Temperaturanstieg von zwei Grad Celsius kann der Pacja zufolge bis zum Jahr 2060 jährliche Verluste in Höhe von 3,4 Prozent des Bruttokontinentalproduktes verursachen, allein die Überflutung der Küstenregionen schlägt mit 50 Milliarden Euro Schaden zu Buche. Die für die Anpassung an den Klimawandel notwendige Geldsumme wurde auf 10 Milliarden Dollar pro Jahr ab 2030 geschätzt.

Entsprechend unnachgiebig waren die afrikanischen Diplomaten seither bei den Klimaverhandlungen. Bereits im Mai hatten die afrikanischen Umweltminister mit der Nairobi-Deklaration ihre Regierungen angehalten, von den Industriestaaten eine Reduktion der Emissionen um 40 Prozent bis zum Jahre 2020 und 80 bis 95 Prozent bis 2050 zu fordern. Die Gruppe der afrikanischen Staaten, hieß es in Kopenhagen, erwäge hohe Ansprüche von 400 Milliarden Dollar für die Anpassung an den Klimawandel für alle Entwicklungsländer in den kommenden drei Jahren. Die EU hatte 7,2 Milliarden zugesagt.

Dahinter steht die Erfahrung afrikanischer Staaten, im internationalen Klimaschutzgeschäft auf die Rolle von Bittstellern und Hilfsempfängern festgelegt und am Ende mit dürftigen Zahlungen abgespeist zu werden. Erst kurz vor der Konferenz in Kopenhagen hatte der Bundestag entschieden, jeden Euro, der für die Anpassung an die Folgen der Erderwärmung ausgegeben wird, auf jene 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts anzurechnen, die die Entwicklungshilfe erreichen soll. Die von Kanzlerin Angela Merkel versprochenen 1,2 Milliarden Euro könnten etwa der Aids-Hilfe entzogen und für Klimaprojekte bereitgestellt werden.

Umweltschutz soll den Staat wenig kosten und sich für die Unternehmen lohnen. Darauf besteht auch Umweltminister Norbert Röttgen, der in Kopenhagen auf den Patentrechten für Technologien zum Klimaschutz beharrt. Die westlichen Regierungen fordern marktwirtschaftliche Maßnahmen, auch wenn der Markt erst künstlich geschaffen werden muss und sein Nutzen für den Klimaschutz fraglich ist.

Vom umstrittenen Clean Development Mechanism (CDM), der es den Industrieländern erlaubt, hypothetische Treibhausgas-Reduktionen aus Klimaschutzprojekten in Entwicklungsländern zu erwerben (Jungle World 50/09), haben afrikanische Staaten kaum profitiert. Bis 2008 wurden nur 1,1 Prozent der CDM-Projekte in Afrika verwirklicht. Für die Napa, nationale Anpassungsprogramme im Kampf gegen die schlimmsten Folgen des Klimawandels, die von den am wenigsten entwickelten Staaten seit 2001 eingereicht werden können, fehlt das versprochene Geld. Die Napa sollten durch einen Fonds von den Industriestaaten finanziert werden und schnelle Hilfe dort ermöglichen, wo sie am nötigsten ist. Doch nicht einmal ein Zehntel der erhofften Summe von rund zwei Milliarden Dollar wurde eingezahlt. Nur 170 Millionen Dollar wurden vergeben, von den 49 antragsberechtigten Ländern liegen 33 auf

dem afrikanischen Kontinent.

Angesichts dieser Enttäuschungen ist der Rückgriff der afrikanischen Staaten auf das, was sie noch haben, um bei den Verhandlungen mithalten zu können, nachvollziehbar. Es bleibt die vage Hoffnung, für den Schutz ihrer verbliebenen Wälder in Zukunft entschädigt zu werden. Eines der Klimaschutzinstrumente zu diesem Zweck heißt Redd, Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation.

Doch abgesehen davon, dass sich bei einer »Reduktion«, also einer langsameren Entwaldung, das Klima weiter verschlechtert, schließt der vorliegende Verhandlungstext in Kopenhagen den Industrieforst unter Redd nicht aus. Der soeben mit dem alternativen Nobelpreis versehene kongolesische Umweltschützer René Ngongo und der neue Greenpeace-Chef Kumi Naido aus Südafrika warnen vor dem Interesse staatlicher Forstverwaltungen und transnationaler Konzerne, mit diesem Instrument Aufforstungen zu finanzieren, deren Ertrag dann für die alles andere als klimaneutralen Papierfabriken oder die Agrardieselproduktion genutzt werden soll. Viele hoffen auf die Carbon Benefits Projects (CBPs). Dieses Instrument stellt Regierungen im Süden wie Emittenten im Norden gleichermaßen Gewinn in Aussicht. Carbon Benefits werden in Ostafrika bereits seit Monaten als vielversprechende Erfindung diskutiert. Denn sie haben das Potenzial, die Forderungen der Leidtragenden mit den Interessen der Verursacher unter einen Hut zu bringen. Im Mai ermittelte ein Konsortium aus dem Umwelt- und Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen zusammen mit einer Reihe internationaler Forschungsinstitute und dem WWF, wie viel CO₂ die Bäume auf den Feldern rund um den Viktoria-See speichern können. Der Erhalt dieser Treibhausgasspeicher ist für jene interessant, die CO₂ preiswert auf dem afrikanischen Acker einfangen wollen, um selber entsprechende CO₂-Mengen anderweitig emittieren zu können. Somit sind die CBPs bestenfalls klimaneutral. Ein Projekt zur CO₂-Reduktion in Mosambik zahlt den Bauern 34,70 Dollar pro Hektar für eine klimaschonende Landnutzung. Der Preis künftiger CBPs dürfte davon abhängen, an welcher der 25 Klimabörsen die Zertifikate gehandelt werden. An der Chicago Climate Exchange kostet eine Tonne CO₂ rund vier, am Europäischen Emissionsmarkt zirka 15 Dollar. Ob sich das für den Landbesitzer lohnt, hängt von der Entwicklung der Preise für Nahrungsmittel und andere lebensnotwendige Güter ab. Die Tendenz der vergangenen Jahre: CO₂ wurde immer billiger, Mais und Zucker hingegen wurden immer teurer.

Tatsächlich haben Redd und CBPs reelle Chancen, sich für die Industrieländer doppelt zu bewähren. Sie ermöglichen greenwashing, weil mit ihrer Hilfe ein ökologisches Image erkaufte wird, ohne die Emissionen zu senken. Überdies sind sie ein Enteignungsinstrument, denn wenn ein Industrieland, das sein Reduktionsziel nicht erreicht, sich von der Schuld freikaufte, indem es einen Waldrest in Afrika »erwirbt«, darf es die Bäume zwar nicht abholzen. Doch die ursprünglichen Eigentümer dürfen es auch nicht.

Wie auch immer die Verhandlungen enden werden, klar ist: Je höher die Reduktionen ausfallen, auf die sich Industrieländer eventuell verpflichten, desto höher wird ihr Bedarf, ihre Emissionen andernorts zu kompensieren. Da ist es für die Hauptemittenten nicht unbedingt von Nachteil, Geld für Anpassungsprojekte zu versprechen, die dann in einen Mechanismus integriert werden, der die vom Klima betroffenen Kleinbauern zu Treibhausgasfängern umschult und dafür ein Almosen zahlt. Und nebenbei vielleicht die Klimaflucht vermindert. Längst ist das Africa Carbon Forum Anfang März 2010 in Nairobi als Kontaktbörse angelegt, die private und öffentliche Akteure des CO₂-Handels zusammenbringt.